

Jahresbericht 2014



Heute für ein **besseres** Morgen.



Jahresbericht 2014

der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Redaktion: DFK-Geschäftsstelle
Redaktionsschluss: 10. Mai 2015

© Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention
Bonn, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Leitbild

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

- sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen von Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren.
- versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.
- bezieht Position zu präventionsrelevanten Themen im Kontext der inneren Sicherheit und vertritt diese konsequent nach außen.
- ergreift die Initiative bei kriminalpräventiven Problemstellungen und stellt dabei Themen von grundlegendem Interesse in den Mittelpunkt.
- setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein.
- trägt dazu bei, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Inhalt

1. Überblick 2014	4
2. Sitzung des Kuratoriums am 28. Mai 2014	8
3. Zu den Arbeitsschwerpunkten und anderen Tätigkeitsbereichen	9
3.1 Entwicklungsförderung und Gewaltprävention	9
3.2 Vernetzung und Bündelung kriminalpräventiver Aktivitäten	13
3.2.1 Prävention von Wohnungseinbruch	14
3.2.2 Prävention von (Rechts-) Extremismus	16
3.2.3 Wirtschaftsschutz und Wirtschaftskriminalität	17
3.2.4 Informations- und Servicestelle für Präventionsplanung (ISeP)	18
3.3 Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)	19
3.4 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“	20
3.5 Mitarbeit im Städtenetzwerk Kriminalprävention	22
3.6 Beratung und Unterstützung des Vereins „Kinderfreundliche Kommunen“	22
3.7 Wissensmanagement und Öffentlichkeitsarbeit: Website, Newsletter, Fachpublikationen, Zeitschrift	23
4. Finanzielle Förderung der Evaluation externer Projekte	27
4.1 Förderung der Evaluation von „FAMOS“	27
4.2 Förderung der Evaluation des „buddY“-Modellprojektes im Übergang Kita-Grundschule	28
4.3 Förderung der Evaluation des Präventions- programms „PARTS“	28
5. Organisation, Personal und Finanzlage der Stiftung	29
5.1 Organisation	29
5.2 Personal	29
5.3 Finanzlage	29
5.4 Jahresabschlüsse 2013 und 2014	31
Anhang I: Mitglieder des Kuratoriums	32
Anhang II: Mitglieder des Vorstandes, Beisitzer, Geschäftsstelle	36

1. Überblick 2014

Überblick

Die Arbeit der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) war im Berichtsjahr 2014 inhaltlich zum einen durch die Fortführung und Intensivierung der in den vergangenen Jahren auf dem Gebiet der Gewaltprävention entwickelten Strategien, zum anderen durch die verstärkte Vernetzung und Bündelung kriminalpräventiver Aktivitäten geprägt. Daneben stand, wie bereits im Vorjahr, die weitere strukturelle Verstärkung der Geschäftsstelle im Vordergrund.

Projekt Entwicklungsförderung und Gewaltprävention

In dem bereits seit 2012 laufenden Projekt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“ stellte insbesondere das im Rahmen des 19. Deutschen Präventionstages im Mai 2014 in Karlsruhe online geschaltete Informationsportal „Wegweiser Prävention“ einen wichtigen Meilenstein dar. Das Portal weist seitdem den Weg zu Präventionsprogrammen, die auf ihre Wirksamkeit und Praxistauglichkeit hin überprüft sind und daher von renommierten Wissenschaftlern empfohlen werden. Ein weiterer, ebenfalls im Wegweiser Prävention abgebildeter Schwerpunkt des Projektes befasst sich mit der Implementierung von Präventionsangeboten, also der entscheidenden Frage, wie ein ausgewähltes, qualitativ hochwertiges Programm konzeptionell so in den jeweiligen institutionellen Kontext eingepasst werden kann, dass die gewünschten Wirkungen auch tatsächlich erreicht werden können. Nähere Erläuterungen zu diesen und weiteren Inhalten des Projektes „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“ finden sich in Kapitel 3.1 dieses Berichtes.

Aufwuchs der Geschäftsstelle

Nachdem die Geschäftsstelle des DFK, zurückgehend auf einen Beschluss des Arbeitskreises II „Innere Sicherheit“ der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK), bereits im Jahre 2013 durch zwei aus den Ländern entsandte Mitarbeiter verstärkt worden war, erfolgte im Berichtsjahr 2014 eine Aufstockung um weitere zwei Mitarbeiterinnen aus Schleswig-Holstein bzw. Hessen (Details zur Personalsituation finden sich in Kapitel 5.2 dieses Berichtes). Die insgesamt vier der Stiftung zugewiesenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen das DFK bei der Wahrnehmung der satzungsgemäßen Aufgaben unterstützen und es vor allem verstärkt in die Lage versetzen, als Ansprechstelle zur Vernetzung und Bündelung gesamtgesellschaftlicher und polizeilicher Kriminalprävention zu fungieren sowie zur Optimierung der Kooperationen auf Bundes- und Länderebene mit anderen staatlichen und nichtstaatlichen Präventionsträgern beizutragen. In diesem Zusammenhang sind im zurückliegenden Jahr insbesondere für die Prävention des Wohnungseinbruchsdiebstahls beachtliche Erfolge erzielt worden, indem es gelungen ist, zahlreiche wohnwirtschaftliche Förderanreize zu konzipieren, umzusetzen und durch unterschiedliche Kooperationen und Werbemaßnahmen zu multiplizieren. Näheres zu den neuen Möglichkeiten der Förderung des Einbaus von Sicherheitstechnik und den sonstigen durch die Ländermitarbeiterinnen und -mitarbeiter angestoßenen Maßnahmen ist Kapitel 3.2 dieses Berichtes zu entnehmen.

Professur für Kriminal- prävention und Risiko- management

Die im Jahre 2013 eingerichtete Professur für Kriminalprävention und Risikomanagement an der Eberhard Karls Universität Tübingen, die deutschlandweit erste universitäre Forschungseinrichtung dieser Art, konnte im ver-

gangenen Jahr sukzessive auf- und ausgebaut werden. Rückblende: Der Deutsche Bundestag hatte im November 2011 beschlossen, im Etat des Bundesministeriums des Innern mindestens bis zum Jahr 2017 Zuwendungsmittel für die Professur zu verankern. Die Ausreichung der Fördermittel erfolgt durch das DFK, dessen inhaltliche Anregungen in den Grenzen der Wissenschaftsfreiheit in die Forschungstätigkeit der neuen Institution mit einfließen können.

Waren an der Professur im Gründungsjahr 2013 neben der Stiftungsprofessorin, Frau Professor Dr. Rita Haverkamp, noch zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen beschäftigt, so war im Berichtsjahr eine Erweiterung auf drei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und vier studentische Hilfskräfte zu verzeichnen, mit deren Hilfe erste Akzente in der Forschung über Kriminalprävention gesetzt werden konnten.

So ist es Frau Prof. Dr. Haverkamp beispielsweise gelungen, als Konsortialpartnerin in zwei Forschungsverbänden im Themenbereich der zivilen Sicherheit („VERSS“: Aspekte einer gerechten Verteilung von Sicherheit in der Stadt, „PRIMSA“: Prävention und Intervention bei Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung) mitzuwirken.

Nähere Informationen zu den Schwerpunkten der Professur können dem Internetauftritt der Universität Tübingen (www.jura.uni-tuebingen.de/professoren_und_dozenten/haverkamp) entnommen werden.

Im Kuratorium der Stiftung kam es im Berichtsjahr zu gleich zwei Wechseln im Präsidium. Zum einen wurde der Bundesminister des Innern Herr Dr. Thomas de Maizière turnusgemäß zum neuen Präsidenten und damit zum Amtsnachfolger von Herrn Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz Heiko Maas gewählt. Zum anderen trat die niedersächsische Justizministerin Frau Antje Niewisch-Lennartz die Nachfolge von Herrn Uwe Gerstenberg im Amt eines Vizepräsidenten an. Kapitel 2 dieses Berichtes blickt ausführlich auf die Kuratoriumssitzung am 28. Mai 2014 zurück.

*Wechsel der
Präsidentschaft*

Die finanziellen Rahmenbedingungen der Stiftung stellten den Stiftungsvorstand und die Geschäftsstelle im zurückliegenden Jahr wegen der anhaltenden Niedrigzinsphase abermals vor einige Herausforderungen. Gleichwohl ist es erneut gelungen, den Stiftungszweck durch einen ausgewogenen Einsatz des Eigenbudgets, das durch eine professionelle Vermögensanlage erwirtschaftet werden konnte, sowie mittels einer durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz gewährten Zuwendung nachhaltig zu erfüllen. Hierzu trug nicht zuletzt auch das unvermindert hohe Engagement der in der Geschäftsstelle tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei. Einzelheiten zur Finanzlage und zur personellen Ausstattung der Geschäftsstelle sind den Kapiteln 5.2 und 5.3 dieses Berichtes zu entnehmen.

*Finanzielle Rahmen-
bedingungen*

Nachfolgend werden einige der – in den weiteren Kapiteln vertieft beschriebenen – Tätigkeiten der Stiftung im Überblick skizziert:

- Fortsetzung des Projektes „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen (E&G)“: Konzipierung und Bereitstellung des Online-Portals www.wegweiser-praevention.de, Erarbeitung von Praxishilfen für die Implementierung von Präventionsprogrammen, Klärungen im Sachver-

*Entwicklungsförderung
und Gewaltprävention*

	ständigenrat zur Frage der Qualität von Evaluationsstudien, Vorbereitung eines Sammelbandes mit aktuellen Beiträgen zur Gewaltprävention
<i>Förderung der Evaluation externer Projekte</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Fortsetzung der in 2009 begonnenen und Aufnahme neuer Förderungen von Evaluationen externer Projekte (Prüfung der Förderanträge, Analyse der Zwischen- und Abschlussberichte, Prüfung möglicher Rückzahlungen, Bewilligung weiterer Fördermittel etc.), namentlich: <ul style="list-style-type: none"> – „FAMOS – Familien optimal stärken“ – in der „Modellregion für Erziehung Paderborn“ (Nordrhein-Westfalen) – BuddY-Modellprojekt „buddYs im Übergang Kita/Grundschule“ – PARTS – Programm zur Förderung von Akzeptanz, Respekt, Toleranz und Sozialer Kompetenz
<i>FAMOS – Familien optimal stärken</i>	
<i>BuddY</i>	
<i>PARTS</i>	
<i>Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Nationale Kontaktstelle im „Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)“: Unterstützung der nationalen Repräsentanten bei der Vor- und Nachbereitung des deutschen Beitrages für die Europäische Best-Practice-Konferenz in Italien zum Thema „Prävention von Menschenhandel“
<i>19. DPT</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligung am 19. Deutschen Präventionstag mit einem Präsentationsstand sowie Vorstellung des Online-Portals www.wegweiser-praevention.de im Rahmen eines moderierten Fachgespräches mit den Sachverständigen Prof. Dr. Andreas Beelmann, Erich Marks und Frederick Groeger-Roth
<i>Drogen- und Suchtrat</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitgliedschaft / Mitarbeit im nationalen Drogen- und Suchtrat
<i>Städtenetzwerk</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitgliedschaft / Mitarbeit im Städtenetzwerk Kriminalprävention
<i>Kinderfreundliche Kommunen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitgliedschaft / Mitarbeit in der Sachverständigenkommission des Vereins „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“
<i>Fachbeirat TARGET</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitgliedschaft / Mitarbeit im Fachbeirat des Forschungsverbundes „Tat- und Fallanalysen hochexpressiver zielgerichteter Gewalt (TARGET)“
<i>BLAG Häusliche Gewalt</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitgliedschaft/ Mitarbeit in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Häusliche Gewalt
<i>Forum Compliance & Integrity</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit im Forum Compliance & Integrity – Anwenderrat für Wertemanagement (FCI)
<i>Netzwerk Innovative Bildungsprogramme Kooperationen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit im „Netzwerk innovativer Bildungsprogramme (NIB)“ • Kooperation mit den Landespräventionsgremien und Teilnahme an der Jahrestagung ihrer Geschäftsführer
<i>Fachvorträge</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Fachvorträge, unter anderem <ul style="list-style-type: none"> – zum Thema „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention als Kooperationsstrategie“ beim 19. Deutschen Präventionstag, beim Sächsischen Landespräventionstag und bei der Fortbildung pädagogischen Fachpersonals des Landkreises Steinfurt, – zum Thema „Vorbeugung von Wohnungseinbruch unter Berücksichtigung wohnwirtschaftlicher Förderansätze“ bei einer Fachtagung zum Einbruchschutz des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland Pfalz sowie in Dülmen im Rahmen der Ausschusssitzung für Recht, Personal und Organisation des Deutschen Städte- und Gemeindebundes,

– zu den Themen „Kriminalprävention in der raumbezogenen Infrastrukturentwicklung der Stadt (Städtebauliche Kriminalprävention)“ und „Neue Förderungsmöglichkeiten für Maßnahmen zum Schutz gegen Wohnungseinbruch“ auf der 14. Fachtagung Kommunale Kriminalprävention beim Landesinstitut für Präventives Handeln in St. Ingbert.

- Vertretung der Stiftung bei Landespräventionstagen sowie nationalen und internationalen Fachkongressen (etwa Herbsttagung des Bundeskriminalamtes, Safer Internet Day, Innovationsforum Zivile Sicherheit, Konferenz des Europarates zum Thema „Urban Violence“, Ausstellung und Dialog „VorBILDER - Sport und Politik verein(t) gegen Rechtsextremismus“) *Kongresse*
- „forum kriminalprävention“: Redaktion und Herausgabe der viermal jährlich erscheinenden Fachzeitschrift des DFK *forum kriminalprävention*
- Inhaltliche Erweiterung und Redaktion der DFK-Website sowie Planung und Vorbereitung eines technischen und inhaltlichen Relaunches *Website*
- Redaktion und Herausgabe des DFK-Newsletters *Newsletter*
- Gewährleistung der Arbeit der Stiftungsorgane sowie der Stiftungsverwaltung (Kuratoriumssitzung, Vorstandssitzungen, Budgetplanung und Mittelverwaltung, Buchhaltung, Steuererklärung, Jahresabschluss, Jahresbericht) *Stiftungsverwaltung*
- Erledigung von Bürgeranfragen, Publikationsversand, Beantwortung journalistischer Anfragen etc. *Bürgeranfragen*

2. Sitzung des Kuratoriums am 28. Mai 2014

Kuratoriumssitzung 2014

Das Kuratorium trat im Berichtsjahr am 28. Mai im Gustav-Heinemann-Saal des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zu seiner jährlichen Sitzung zusammen.

Inhaltlicher Schwerpunkt

Inhaltlich stand hierbei – im Wege eines von Frau Prof. Dr. Dr. Christiane Spiel von der Universität Wien gehaltenen Vortrages – das Thema Gewaltprävention für junge Menschen im Vordergrund. Daneben war die Sitzung insbesondere durch die Neuwahl des Präsidiums geprägt: Die Vertreter der Stifter wählten



Präsidium und Vorstand des DFK

Foto: DFK

Wahl der Stiftungsorgane

den Bundesminister des Innern Dr. Thomas de Maizière zu ihrem neuen Präsidenten, der damit die Geschäfte seines Amtsvorgängers, des gastgebenden Bundesministers der Justiz und für Verbraucherschutz Heiko Maas, übernahm. Ferner kam es auch bei den Stellvertretern zu einem Wechsel: Die niedersächsische Justizministerin Frau Antje Niewisch-Lennartz wurde zur Vizepräsidentin des Kuratoriums gewählt. Sie folgt dem bisherigen Vizepräsidenten Herrn Uwe Gerstenberg, der dem Präsidium seit dem Jahre 2009 angehört hatte und nicht erneut zur Wahl antrat. Herr Dr. Rüdiger Grube, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG, wurde im Amt des weiteren Vizepräsidenten bestätigt. Ebenfalls im Amt bestätigt wurde der seit dem Jahre 2010 amtierende Stiftungsvorstand: Vorstandsvorsitzender ist somit weiterhin Herr Prof. Gerd Neubeck, geschäftsführendes Vorstandsmitglied Herr Stefan Daniel und weiteres Vorstandsmitglied Herr Norbert Seitz.

*Vortrag von
Frau Prof. Dr. Dr. Spiel*

Frau Prof. Dr. Dr. Christiane Spiel erläuterte in ihrem Impulsvortrag „Nationale Strategie zur Gewaltprävention an österreichischen Schulen und Kindergärten“ deren Entwicklung und landesweite Implementierung in den Kitas und Schulen Österreichs. Sie betonte die Notwendigkeit eines politischen Bekenntnisses der Regierungsverantwortlichen als Voraussetzung für alle weiteren Planungs-, Abstimmungs- und Umsetzungsschritte. Die Fortsetzung des vom DFK eingeschlagenen Weges, Entwicklungsförderung und Gewaltprävention in Deutschland systematisch zu unterstützen, werde nachdrücklich empfohlen, wenn langfristig Verbesserungen erreicht werden sollen. In der sich anschließenden Diskussion betonte Frau Professor Spiel die Bedeutung einer frühzeitigen und konsistenten Präventionsarbeit in den pädagogischen Institutionen, um das Ziel eines möglichst geringen gesellschaftlichen Gewaltniveaus erreichen zu können.



Prof. Dr. Dr. Spiel, Justizministerin Niewisch-Lennartz, Dr. Grube, Bundesinnenminister Dr. de Maizière (v.r.n.l.)

Foto: DFK

In Anknüpfung an den Vortrag stellte auch der neue Kuratoriumspräsident, Herr Bundesminister des Innern Dr. de Maizière, klar, dass erfolgreiche Prävention einen langen Atem brauche. Das DFK werde sich dieser Aufgabe weiterhin stellen. Mit Blick in die Zukunft kündigt er eine Verstärkung der Präventionsarbeit des Bundes an. Man werde die in der letzten Wahlperiode von führenden Präventionsexpertinnen und -experten im Rahmen des Zukunftsdialoges der Bundeskanzlerin entwickelte Idee eines Nationalen Zentrums für Kriminalprävention aufgreifen. Ab dem Haushaltsjahr 2015 werde das BMI hierfür jährlich 500.000 EUR bereitstellen. Das Zentrum solle nicht neben dem DFK aufgebaut werden, sondern dieses komplementär eng verzahnen. In diesen Prozess werde man auch die Kriminologischen Zentralstelle (KrimZ) einbinden. Abschließend dankte der neue Kuratoriumspräsident ausdrücklich dem aus dem Präsidium ausgeschiedenen Vizepräsidenten Herrn Uwe Gerstenberg für dessen langjährige und erfolgreiche Tätigkeit im DFK.

Ansprache des neuen Kuratoriumspräsidenten

3. Zu den Arbeitsschwerpunkten und anderen Tätigkeitsbereichen

3.1 Entwicklungsförderung und Gewaltprävention

Mit der finanziellen Unterstützung aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) sind das Design und die technische Umsetzung des vom DFK-Sachverständigenrat empfohlenen Webportals „Wegweiser Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“ erarbeitet worden, das seit dem 12. Mai 2014 über www.wegweiser-praevention.de bzw. die Webseiten der Kooperationspartner DFK und Landespräventionsrat Niedersachsen verfügbar ist und künftig von anderen Präventionsakteuren auf ihren Webseiten (z.B. Bildungsservern) verknüpft werden kann.

Webportal „Wegweiser Prävention“

Der „Wegweiser Prävention“ ist ein umfassendes Informationsportal zu „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen (E&G)“ in Kooperation mit der „Grünen Liste Prävention“ des Landespräventionsrates Niedersachsen. Er weist den Weg zu Präventionsprogrammen, die auf ihre Wirksamkeit und Praxistauglichkeit hin überprüft sind.

Kooperation mit dem LPR Niedersachsen



Zielgruppe und Inhalte

Insbesondere allen Verantwortlichen und Mitwirkenden in Kitas und Schulen, die ihre Einrichtungen weiterentwickeln und dafür professionelle Unterstützung in Anspruch nehmen wollen, wird die Orientierungshilfe empfohlen. Neben grundlegenden Vorschlägen zur Arbeit mit Präventionsprogrammen findet man gezielte Hinweise zu Zielsetzung, Qualität, Verbreitung und Verfügbarkeit einzelner Angebote sowie zu ihrer Implementierung. Fünf W-Fragen (Warum Entwicklungsförderung und Gewaltprävention? Welche Programme? Wo verbreitet? Woher kommt das Wissen zur Qualität? Wie implementieren?) bündeln die Informationen in übersichtliche Kategorien.

Entwicklungsorientierte Prävention

Entwicklungsorientierte Präventionsmaßnahmen setzen auf systematische Formen der sozialen Bildung und Erziehung im Kontext von Familie, Schule und Kommune und richten sich an unterschiedliche Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, Eltern, Lehrer/innen, sozialer Nahraum, ganze Gemeinden). Der Ansatz zielt auf eine gesunde Sozialentwicklung von Kindern und Jugendlichen, will diese fördern und sich anbahnende Negativentwicklungen frühzeitig unterbrechen. Eine Auswahl von Texten erläutert die wissenschaftliche Begründung und Logik des Ansatzes. Leitfaden, Gelingensbedingungen und Qualitätskriterien stehen zum Download bereit. Dargestellt werden zudem die daraus abgeleiteten strategischen Überlegungen für systematische präventive Arbeit und ihre notwendigen Rahmenbedingungen.

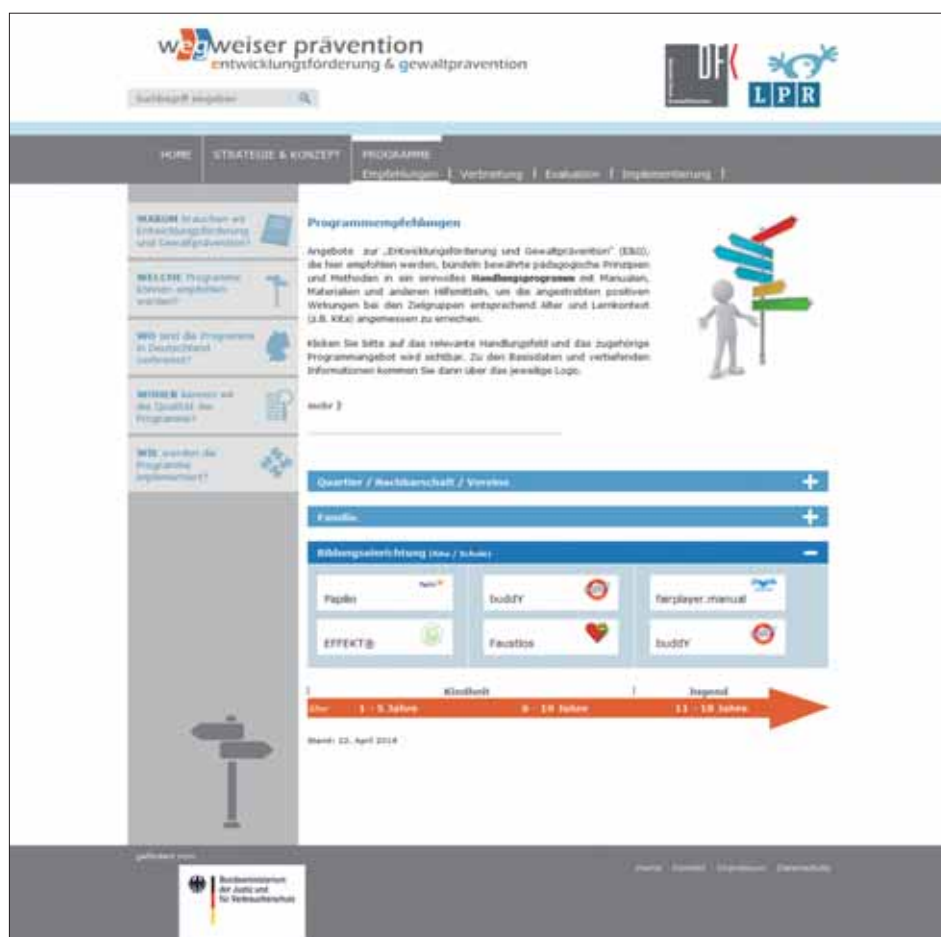
Programmansatz

Entwicklungsorientierte Programme sind aber keine „Blaupausen“, die gedankenlos umgesetzt werden können, vielmehr unterstützen und erleichtern sie die pädagogische bzw. soziale Arbeit, weil z.B. nicht alle Vorgehens- und Lernschritte jeweils neu erdacht werden müssen, sondern auf Bewährtes zurückgegriffen werden kann. Die Arbeit mit Programmen sollte deshalb in ein

übergeordnetes pädagogisches Konzept integriert sein. Rechtzeitiger Beginn und Kontinuität sind wichtige Prinzipien der Präventionsarbeit, dennoch ist zu beachten: Es wird weder empfohlen, möglichst viele Programme gleichzeitig ins Konzept aufzunehmen, noch eine bloße Aufeinanderfolge von Programmen zu planen. Allerdings gibt es Kombinationsmöglichkeiten etwa zur Verknüpfung der Angebote in unterschiedlichen Lern- und Lebenskontexten (Schule, Familie) oder z.B. in der zeitlichen Abfolge von Kita und Grundschule. Die Kennzeichnung entsprechender Kompatibilität der Programme ist in Vorbereitung.

Eine Übersicht empfehlenswerter Programme führt zu einzelnen Programmsteckbriefen: Die Benennung der Programme stützt sich auf die Einstufungen der Grünen Liste Prävention in die Kategorien „Effektivität nachgewiesen“ und „Effektivität wahrscheinlich“. Die Informationen zur Aussagekraft der den Einstufungen jeweils zugrunde liegenden Evaluationen werden in gesonderten Steckbriefen zusammengefasst, die im Laufe des Jahres 2015 online gehen.

Evaluationssteckbriefe



Die Implementierung von pädagogischen Angeboten und Präventionsprogrammen ist ein komplexer und anspruchsvoller Prozess, der über einzelnes persönliches Engagement hinaus regelmäßig Anpassungen auf System-, Organisations- und Praxisebene erfordert. Implementierung bedeutet, ein ausgewähltes Programm konzeptionell in den jeweiligen institutionellen Kontext so einzupassen, dass es die gewünschten Wirkungen erreichen kann.

Implementierung

Bei fachlichen Diskussionen stehen dagegen häufig lediglich Fragen der generellen Wirksamkeit von Präventionsangeboten im Vordergrund, ohne die Logik in den Umsetzungskontexten hinreichend zu berücksichtigen. Das im Abschnitt „Wie implementieren?“ angebotene Wissen widmet sich deshalb dem deutschen und internationalen Stand im Forschungsfeld Implementierung und stellt zentrale Ergebnisse vor, darunter eine vom DFK bei Frau Bianca Albers, einer Forscherin am Parenting Research Centre der Universität Melbourne (zugleich Mitarbeiterin des international renommierten Implementationsforschers Prof. Dean Fixsen) in Auftrag gegebene Zusammenfassung US-amerikanischer wissenschaftlicher Studien und Konzeptionen sowie Abstracts der einzelnen Publikationen, auf die Bezug genommen wird.

Fallbeispiel einer Implementierung

Daran anknüpfend beschreibt ein fiktives inländisches Fallbeispiel den Verlauf einer Implementierung gewaltpräventiver Maßnahmen im Rahmen eines Schulentwicklungsprozesses und bietet konkrete Hilfestellungen in Form von Checklisten, Mustervorlagen und Online-Tools (im Auftrag des DFK von der Devianz- und Schulpädagogin Dr. Jutta Wedemann an der Leuphana Universität Lüneburg erarbeitet).

Handout

Für die Öffentlichkeitsarbeit bei Kongressen und Tagungen steht ein Handout mit den Basisinformationen zur Verfügung.



Sachverständigenrat

Der im Herbst 2012 einberufene Sachverständigenrat „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen (E&G)“ hat die Arbeitsschritte der Geschäftsstelle beratend begleitet und in einer Sitzung Ende des Berichtsjahres nächste Vorhaben etwa zur Bewertung von Evaluationsstudien sowie zur Entwicklung von Fortbildungsangeboten empfohlen.

Mitglieder des DFK Sachverständigenrates „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“, Stand 31.12.2014:

Prof. Dr. Andreas Beelmann, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Dr. Christian Böhm, Leiter der Beratungsstelle Gewaltprävention der Schulbehörde Hamburg

Prof. Dr. Thomas Görgen, Deutsche Hochschule der Polizei Münster

Frederick Groeger-Roth, Landespräventionsrat Niedersachsen

Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich Lösel, University of Cambridge und Universität Erlangen-Nürnberg

Erich Marks, Landespräventionsrat Niedersachsen

Prof. Dr. Siegfried Preiser, Psychologische Hochschule Berlin

Prof. Dr. Herbert Scheithauer, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Dr. Christiane Spiel, Universität Wien

Prof. Dr. Ulrich Wagner, Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Andreas Zick, Universität Bielefeld



Schließlich haben Sachverständige und Geschäftsstelle einen Sammelband „Entwicklungsförderung & Gewaltprävention 2014 – Aktuelle Beiträge aus Wissenschaft und Praxis“ erarbeitet, der im Frühjahr 2015 herausgegeben wurde.

3.2 Vernetzung und Bündelung kriminalpräventiver Aktivitäten

Wie im Einleitungskapitel bereits dargestellt, konnte die Geschäftsstelle der Stiftung im Laufe des Berichtsjahres aufgrund eines Beschlusses des Arbeitskreises II „Innere Sicherheit“ der IMK aus dem Jahre 2013 durch zwei weitere aus den Ländern entsandte Mitarbeiterinnen verstärkt werden (Einzel-

*Verstärkte Vernetzung
und Bündelung*

heiten zu den Personalien finden sich in Kapitel 5.2 dieses Berichtes). Die so entsandten, jetzt insgesamt vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen das DFK bei der Wahrnehmung seiner satzungsgemäßen Aufgaben und sollen es verstärkt in die Lage versetzen, als Ansprechstelle zur Vernetzung und Bündelung gesamtgesellschaftlicher und polizeilicher Kriminalprävention zu fungieren sowie zur Optimierung der Kooperationen auf Bundes- und Länderebene mit anderen staatlichen und nichtstaatlichen Präventionsträgern beizutragen.

Die Länderkolleginnen und -kollegen haben auf Grundlage einer Zielvereinbarung zwischen dem DFK und der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes aus dem Jahre 2013 im Berichtsjahr verschiedene konkrete Präventionsmaßnahmen initiiert, begleitet und durchgeführt, wobei an vorderster Stelle die Prävention des Wohnungseinbruchsdiebstahls zu nennen ist. In den folgenden Kapiteln 3.2.1 bis 3.2.3 werden die Aktivitäten näher dargestellt.

Ferner soll durch Aufbau einer „Informations- und Servicestelle für Präventionsplanung (ISeP)“ das DFK thematisch und institutionell ausgerichtet gleichsam eine Maklerfunktion wahrnehmen, um interessierte Akteure übergreifender Präventionsplanungen zu vernetzen. Näheres hierzu wird in Kapitel 3.2.4 beschrieben.

3.2.1 Prävention von Wohnungseinbruch

*Prävention
Wohnungseinbruch*

Im Jahre 2013 hatte das DFK gemeinsam mit der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) das „Handlungskonzept zur Prävention von Wohnungseinbruch unter Berücksichtigung von wohnwirtschaftlichen Förderansätzen“ entwickelt. Dieses wurde im Dezember 2013 von der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) gutgeheißen und das DFK gemeinsam mit ProPK gebeten, die darin enthaltenen wohnwirtschaftlichen, steuerrechtlichen und versicherungsrelevanten Förderansätze weiterzuentwickeln und umsetzungsbezogen zu unterstützen.

KfW-Förderprodukte

In vertrauensvoller Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), dem Bundesministerium des Innern (BMI), dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) sowie der KfW-Bankengruppe (KfW) wurden in Kooperation mit der Zentralen Geschäftsstelle (ZGS) von ProPK die Grundlagen dafür geschaffen, die förderfähigen Maßnahmen im Einzelnen zu beschreiben und in die Förderprodukte der KfW zu integrieren. Im Ergebnis kann erfreulicherweise seit Herbst 2014 in Maßnahmen zum Schutz gegen Wohnungseinbruch investiert werden, wenn sie in unmittelbarem Zusammenhang mit barrierereduzierenden Maßnahmen oder energetischer Sanierung stehen. Der Finanzanreiz besteht in Zuschüssen oder zinsgünstigen Darlehen der Förderprogramme „Altersgerecht Umbauen (Nr. 159, 455)“ und „Energieeffizient Sanieren (Nr. 151, 430)“.

*Finanzanreize von
Versicherungen*

Das DFK führte zudem vertiefende Gespräche und Fachdiskussionen mit Vertretern der Versicherungswirtschaft mit dem Ziel, durch eine risikobezogene Prämiengestaltung die Investition in Sicherheitstechnik zum Schutz gegen

Wohnungseinbruch zu fördern. Der Austausch und die Erörterung dieses wichtigen Förderansatzes mit Vertretern der Wirtschaft dauern an.

Flankierend zu den bereits eingeleiteten Maßnahmen sollten auch steuerrechtliche Finanzanreize bei Investitionen in Maßnahmen des Einbruchschutzes und die Aufnahme von Sicherheitsbelangen in die Bauordnungen der Länder im Blick behalten werden.

Sonstige Anreize

Zur Förderung der gesamtgesellschaftlich ausgerichteten Präventionsarbeit initiierte das DFK ein Netzwerk zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs. Gemeinsam mit den Netzwerkpartnern wie der Polizei und deren Kampagne „K-EINBRUCH“, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV), dem Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. (ZDH) und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund e.V. (DStGB) sollen die Zusammenarbeit intensiviert, der Informationsaustausch systematisiert sowie durch gemeinsame Aktionen die Bevölkerung erreicht werden. So konnte der DSGV als Premiumpartner für die Initiative „K-EINBRUCH“ gewonnen und eine Informationsoffensive zum Tag des Einbruchschutzes und für die Zeit darüber hinaus gestartet werden. Weitere Aktionen fanden mit dem DStGB sowie dem ZDH statt.

Kooperationen

Im Rahmen der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit wurde der Internetauftritt des DFK um das Thema Einbruchschutz und die vielfältigen Präventionsansätze erweitert. Dabei wird vor allem über die skizzierten finanziellen Förderoptionen des Bundes sowie einzelner Länder sowie über die Handlungsschritte und das Partnernetzwerk zur Prävention von Wohnungseinbruch informiert.

Öffentlichkeitsarbeit

Seit Herbst 2014 unterstützt auch das DFK die bundesweite Einbruchschutzkampagne „K-EINBRUCH“ als Premiumpartner. Diese war im Jahr 2012 von der Polizei gemeinsam mit Kooperationspartnern aus der Wirtschaft gestartet. Wichtiger Baustein der Kampagne ist der „Tag des Einbruchschutzes“, der jährlich am letzten Sonntag im Oktober stattfindet. Im Berichtsjahr beteiligte sich das DFK an der Presse- und Medienarbeit zum Tag des Einbruchschutzes gemeinsam mit der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes sowie dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen.

„K-EINBRUCH“

Ergänzend dazu veröffentlichte das DFK im Oktober 2014 einen Präventionsreport zur Information der Fachöffentlichkeit über Präventionsansätze und Fördermöglichkeiten zum Schutz gegen Wohnungseinbruch. Das Medium ist auf der Internetseite des DFK zum Download eingestellt. Als Printausgabe eignet sich der Präventionsreport als Handout bei Veranstaltungen oder im Rahmen von Vorträgen.



Präventionsreport

Abgerundet wird die Öffentlichkeitsarbeit durch Fachartikel zum Thema Wohnungseinbruch, z.B. in der Zeitschrift des Deutschen Städte- und Gemeindebundes unter dem Titel „Dieben keine Tatge-

Fachartikel

legenheiten bieten“ sowie in der vom DFK herausgegebenen Zeitschrift forum kriminalprävention, Heft 4/2014, zum Themenschwerpunkt „Sicheres Wohnen & gute Nachbarschaft“.

3.2.2 Prävention von (Rechts-) Extremismus

Das Thema Prävention von Rechtsextremismus bildet im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Handlungsansatzes ein wichtiges Aufgabenfeld des DFK.

PMK -rechts-

Das DFK ist neben Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und dem Bundeskriminalamt in der Projektgruppe (PG) „Politisch motivierte Kriminalität -rechts- (PMK -rechts-)“ der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) vertreten und beteiligte sich im Berichtsjahr an der Erarbeitung eines entsprechenden Präventionskonzeptes. Federführend ist die Zentrale Geschäftsstelle (ZGS) der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK). Die Arbeit der Projektgruppe wird 2015 fortgesetzt.

Rechtsextremismus im Umfeld des Fußballs

Auch der Fußballsport sieht sich mit diskriminierenden, rassistischen und rechtsextremen Vorkommnissen konfrontiert. Diese reichen ligaübergreifend von direkten Angriffen verbaler und körperlicher Art, Gesängen und Bannerparolen bis hin zu subtilen Alltagsrassismen und Rekrutierungsprozessen. Abgesehen von vorliegenden Erkenntnissen aus dem Helfeld und den bislang existierenden wissenschaftlichen Studien, ist beispielsweise mit Blick auf belastbare Daten- und Erkenntnislagen gerade auf dem Gebiet des Amateurfußballs von einem erhöhten Forschungsbedarf auszugehen. Vor diesem Hintergrund führte das DFK mit diversen Akteuren aus den Bereichen des Fußballs, der Sicherheitsbehörden und der Wissenschaft erste Sondierungsgespräche hinsichtlich eines Forschungsvorhabens zum Thema „Rechtsextremismus im Umfeld des Fußballs“ und konnte dabei unter anderem das Interesse der Eberhard Karls Universität Tübingen gewinnen. Die Gespräche werden fortgesetzt und die Möglichkeit eines Forschungsprojektes ausgelotet.

„VorBILDER“

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern fördert und beteiligt sich das DFK an der Wanderausstellung „VorBILDER – Sport und Politik vereint gegen Rechtsextremismus“. Die Ausstellung ist Bestandteil der Kampagne „Sport und Politik verein(t) gegen Rechtsextremismus“, welche

im Januar 2011 auf Initiative des Bundesministeriums des Innern, des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Deutschen Fußball-Bundes und der Deutschen Sportjugend gestartet wurde. Eine durch das Fotostudio Kohlmeier in Berlin realisierte Fotoserie, die als Wanderausstellung



Bundespräsident Joachim Gauck und Mitarbeiter/-innen der DFK-Geschäftsstelle

Foto: DFK

seit September 2014 bundesweit zum Einsatz kommt, ist als ein Angebot für Interessierte auf den verschiedenen Ebenen von Bund, Land oder Kommune, staatlichen oder nichtstaatlichen Einrichtungen zu verstehen. Sie dient am jeweiligen Ausstellungsstandort lokalen Akteuren als Anlass, sich dem Themenkomplex durch ergänzende Maßnahmen zu widmen und so eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen. Namhafte Personen aus Sport und Politik fanden sich zu Paaren für Schwarz-Weiß-Portrait-aufnahmen zusammen und gaben unter einer persönlichen und gemeinsamen Aussage ein deutliches Bekenntnis für Fair Play, Demokratie sowie Menschenwürde und gegen Diskriminierung, Rassismus sowie Rechtsextremismus. Mit dieser Fotoserie wird verdeutlicht, dass Sport und Politik gemeinsam ein starkes Team in der Abwehr von rechtsextremistischen Tendenzen darstellen.



*Fotografie und Gestaltung der Ausstellung:
studio kohlmeier berlin*

Das DFK konzipierte für die Ausstellung einen begleitenden Fragebogen sowohl für Jugendliche als auch Erwachsene, der einerseits die Meinung zur Ausstellung und andererseits Standpunkte zum Thema Rechtsextremismus erfragen soll.

*Unterstützung durch
das DFK*

Des Weiteren bewirbt das DFK die Ausstellung in diversen Bezügen und unterstützt bei der Gewinnung von Finanzpartnern zur Gewährleistung der logistischen Voraussetzungen und Weiterentwicklung der Ausstellung.

Zudem wurde im Berichtsjahr im Auftrag des Bundesministeriums des Innern mit der Erarbeitung einer Handreichung zum Thema Rechtsextremismus unter Bezugnahme auf die Wanderausstellung begonnen. Zielgruppe der Handreichung sollen dabei pädagogische Fachkräfte sein, die mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der schulischen und außerschulischen Bildungs- und Jugendarbeit sowie in Sportvereinen tätig sind. Diese Handreichung soll begleitend zur Ausstellung sowie insbesondere auch davon unabhängig bei der Arbeit mit jungen Menschen Verwendung finden. Mit dem Erscheinen der Handreichung ist ab Mitte 2015 zu rechnen.

3.2.3 Wirtschaftsschutz und Wirtschaftskriminalität

Vor dem Hintergrund der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) aus August 2013 und dem auch im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode festgehaltenen Ziel, im Rahmen einer Nationalen Wirtschaftsschutzstrategie Maßnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftsschutzes in Deutschland zu erarbeiten,

*Wirtschaftsschutz-
strategie*

wurden unter der Federführung des Bundesministeriums des Innern ein Steuerungskreis aus Vertretern von Sicherheitsbehörden und Wirtschaftsverbänden sowie vier Expertengruppen mit Vertretern aus Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Sicherheitsbehörden gebildet. Das DFK ist in einer dieser vier Expertengruppen, namentlich zur Erarbeitung von Maßnahmen im Bereich „Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit“ vertreten. Dabei erfolgte in einem ersten Schritt die Bedarfsanalyse und Bestandserhebung, um hieraus Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und umzusetzen. Mit der Umsetzung von Projekten von Staat und Wirtschaft soll voraussichtlich ab Ende 2015 begonnen werden.

3.2.4 Informations- und Servicestelle für Präventionsplanung (ISeP)

Stärkere Vernetzung

Wie im Jahresbericht 2013 und auch im Eingangskapitel ausgeführt, soll das DFK durch das aus den Ländern entsandte Personal verstärkt in die Lage versetzt werden, als Ansprechstelle zur Vernetzung und Bündelung kriminalpräventiver Aktivitäten zu dienen. Durch Aufbau einer entsprechenden Servicestelle soll das DFK eine Maklerfunktion wahrnehmen, um interessierte Akteure übergreifender Präventionsplanungen zu vernetzen.

„ISeP“

Hierzu wurde ein Konzept über eine „Informations- und Servicestelle für Präventionsplanung (ISeP)“ entwickelt, das im Juni 2014 von der IMK begrüßt wurde. Ziel des Konzeptes ist insbesondere, reichweitenstarke Präventionsaktionen mit bundesweitem Charakter frühzeitig zu (er)kennen, zu bündeln und zu vernetzen sowie die Schnittstelle zwischen gesamtgesellschaftlicher und polizeilicher Kriminalprävention weiter zu optimieren. Auf Bitte der IMK wurden die zuständigen Bundesministerien sowie die Vorsitzenden der betroffenen Fachministerkonferenzen informiert und gebeten, die erforderlichen kriminalpräventiven Planungsinformationen der ISeP zur Verfügung zu stellen. In der Folgezeit wurde seitens des DFK ein persönlicher Kontakt zu den jeweiligen Geschäftsstellen der tangierten Fachministerkonferenz aufgenommen, dabei die weitere Verfahrensweise der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches besprochen sowie die administrativen Voraussetzungen für eine systematische und kontinuierliche Arbeitsweise geschaffen. Danach begann in einem ersten Schritt durch die Erhebung und Auswertung der jeweiligen Protokolle und Beschlüsse der Fachministerkonferenzen sowie die Bündelung und Aufbereitung der relevanten Inhalte der Wirkbetrieb der ISeP. Auch konnten erste Auskunftsbegehren zu einzelnen Präventionsthemen beantwortet werden, beispielsweise zur Bekämpfung des Menschenhandels, zur Verhinderung der Nachnutzung von durch Raub/Diebstahl/Betrug abhanden gekommener Handys/Smartphones/Tablet-Computern oder zum Themenkomplex Prävention von Rechtsextremismus. Auch weitere Themen des DFK, bspw. die Prävention von Wohnungseinbruch, wurden unter Berücksichtigung des im ISeP-Konzept skizzierten ressortübergreifenden Ansatzes aufgegriffen.

3.3 Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)

Im Rahmen seiner Funktion als nationale Kontaktstelle hat das DFK an den Veranstaltungen des „Europäischen Netzwerkes für Kriminalprävention (EUCPN)“ teilgenommen, die Tagungsergebnisse in Deutschland multipliziert sowie den Informationsaustausch mit den europäischen Partnern fortgesetzt.



DFK als nationale Kontaktstelle

Institutionell setzt sich das EUCPN aus einem Direktorium mit rotierendem Vorsitz, einem Exekutivausschuss, nationalen Vertretern aus allen Mitgliedstaaten, einem ständigen Sekretariat sowie von den einzelnen Mitgliedstaaten ernannten Kontaktstellen zusammen. Das in Brüssel arbeitende EUCPN-Sekretariat wird aus EU-Fördermitteln finanziert und ist seit 2010 von Belgien im dortigen Innenministerium aufgebaut worden. Es unterstützt die Arbeit der Organe sowie der jeweiligen Präsidentschaft und den Wissenstransfer zwischen den Mitgliedern. Zu einzelnen Themen werden Berichte und Arbeitshilfen erstellt. Ein Newsletter berichtet halbjährlich über aktuelle Vorhaben, Projekte und Veranstaltungen sowohl im europäischen Rahmen als auch in den Mitgliedstaaten.

Aufbau des EUCPN

Im Rahmen der alljährlichen Best-Practice-Konferenz des EUCPN – im Berichtsjahr zum Thema „Prävention von Menschenhandel“ – verlieh am 5. Dezember 2014 ein hochrangiger Repräsentant des italienischen Innenministeriums in Rom den *European Crime Prevention Award (ECPA)* an das dänische Projekt „HopeNow“. Der Preis ist mit 10.000 EUR dotiert. Das Projekt ist ein ständiges und umfassendes Unterstützungsangebot für Opfer von Menschenhandel und -ausbeutung in Dänemark (www.hopenow.eu). Weitere Preise und jeweils 5.000 EUR erhielten

Best-Practice-Konferenz

Europäischer Präventionspreis

Weitere Preise

- das französische Projekt „Ac.Sé – National Network for the Assistance & Protection of Human Trafficking Victims“, ein Netzwerk von rund 70 Schutz- und Hilfseinrichtungen in ganz Frankreich,
- das rumänische Projekt „NO“, eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne insbesondere zur Sensibilisierung junger Leute im Hinblick auf Menschenhandel.

Deutschland hatte sich mit dem Projekt „KOBRA“, der zentralen Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung in Niedersachsen, um den Preis beworben (www.kobra-beratungsstelle.de).

Deutscher Beitrag

3.4 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“ (DPT)

19. DPT in Karlsruhe:
„Prävention braucht
Praxis, Politik und Wis-
senschaft“

DFK als Partner

Kongresseröffnung

Karlsruher Erklärung

Der 19. Deutsche Präventionstag 2014 in Karlsruhe stand unter dem Motto „Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft.“

Das DFK hat sich – wie in den Jahren zuvor – als ständiger Veranstaltungspartner im Programmbeirat engagiert, war mit einem Messestand vor Ort vertreten und hat sich mit Vorträgen im Programm inhaltlich beteiligt.

DPT-Geschäftsführer Erich Marks freute sich in seiner Eröffnungsrede über den ungebrochenen Zuspruch zum Präventionstag als Europas größtem Präventionskongress mit rund 2.500 Teilnehmenden, über 200 Vorträgen und etwa 250 Ausstellern. Er hob die Notwendigkeit einer stärker strukturierten Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen Präventionswissenschaft, -politik und -praxis als den drei zentralen Arbeitsfeldern von Prävention hervor. Besonderen Nachdruck verlieh er seiner Forderung, interdisziplinäre und ressortübergreifende Präventionszentren auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu etablieren und entsprechende Investitionen seitens der Politik vorzunehmen.

Der Veranstalter und seine Kongresspartner (DBH Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik, Land Baden-Württemberg, Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Stadt Karlsruhe, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention, WEISSER RING e.V.) formulierten in der „Karlsruher Erklärung 2014“ besonderen Handlungsbedarf für die Bundesebene. Es fehle an einer wissenschaftlich geerdeten Kriminalpolitik, die z.B. die Empfehlungen der beiden Periodischen Sicherheitsberichte der Bundesregierung (PSB) aus den Jahren 2001 und 2006 aufgreift und umsetzt. Zur Evidenzbasierung der Kriminalpolitik sollten die Berichte regelmäßig (z.B. in jeder Legislaturperiode) von unabhängigen Wissenschaftlern fortgeschrieben werden. Schließlich



Messestand des DFK

Foto: DFK



sollten die vielfältigen, aber über verschiedene Disziplinen gestreuten kriminologischen Aktivitäten der Universitäten und Fachhochschulen durch den Aufbau fachübergreifender kriminologischer Zentren gebündelt werden.

DPT und Partner forderten eine Kurskorrektur und hielten die Schaffung eines „Nationalen Zentrums für Kriminalprävention“ für dringend erforderlich. Neben der Wissensfundierung – etwa durch systematische Evaluationen der Präventionspraxis – sollte der Wissenstransfer zu den Präventionsakteuren grundlegend verbessert und verstärkt werden. Dafür bedürfe es einer Struktur mit einer hinreichenden Personalausstattung und mit einem Personalkonzept, das fachliche Expertise und Kontinuität sicherstelle.

Ein weiterer Vorschlag, um die Leitforderung des 19. Präventionstages zu realisieren, lautet, die kommunale Kriminalprävention in Richtung einer institutionalisierten kommunalen Sicherheitspolitik weiterzuentwickeln.

Ausgangspunkt der vom DFK initiierten und moderierten Vortragsreihe und Diskussionsrunde mit dem Titel „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention als Kooperationsstrategie“ waren jene Defizite im Handlungsfeld, die – allgemein formuliert – aus den nur wenigen und wenig ausgebauten Brücken zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis resultieren und bis heute nicht zufriedenstellend aufgelöst werden konnten: Weder komme es bislang zu einer substantiellen Verbreitung und Verstetigung wirksamer Präventionsprogramme und -konzepte noch reichten die bestehenden informierenden und beratenden Steuerungsinstrumente aus. „Mehr Kooperation wagen“ war daher das Motto von Landespräventionsrat Niedersachsen und DFK bei der Präsentation des pünktlich zum DPT online gestellten Informationsportals „Wegweiser Entwicklungsförderung und Gewaltprävention/E&G“ (siehe dazu im Einzelnen Kapitel 3.1 dieses Berichtes).

Vortragsreihe des DFK



Vortragsreihe des DFK in Kooperation mit dem LPR Niedersachsen

Foto: DFK

Es sei den Partnern mit dem Portal gelungen, die Wissenstransferangebote beider Institutionen und ihrer Sachverständigen zu bündeln und gemeinsam fortzuentwickeln, betonten Erich Marks und Wolfgang Kahl als Projektverantwortliche. Die Publikumsbeteiligung in der Diskussion bestätigte das hohe

Interesse der Präventionspraxis an dem neuen Produkt (vgl. ausführliche Beschreibung in der vom DFK herausgegebenen Zeitschrift forum kriminalprävention, Heft 2/2014, sowie im Internet: www.wegweiser-praevention.de).

3.5. Mitarbeit im Städtenetzwerk Kriminalprävention

*Fachlicher
Informationsaustausch*

Im Berichtsjahr trafen sich die Mitglieder des Städtenetzwerks, in dem das DFK seit dessen Gründung Kooperationspartner ist, turnusgemäß zweimal zum Informationsaustausch:

**Städtenetzwerk
Kriminalprävention**



Themenschwerpunkte

Am Rande des 19. Deutschen Präventionstages in Karlsruhe wurde über allgemeine Erfahrungen und den Umgang mit aktuellen Problemlagen in der kommunalen Präventionsarbeit diskutiert.

Bei einem zweitägigen Arbeitstreffen, das im Oktober von der Geschäftsstelle in Leipzig ausgerichtet wurde, befassten sich die Partner des Netzwerkes schwerpunktmäßig mit Präventionsmöglichkeiten bei unterschiedlichen Diebstahlsdelikten und stellten verschiedene Projektinitiativen aus der eigenen Arbeit vor.

*Austausch über aktuelle
Problemlagen*

Neben diesen regelmäßigen Treffen tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Städtenetzwerkes auch im Berichtsjahr häufig, zeitnah und formlos über aktuelle Problemlagen aus und konnten so von Erfahrungen und Lösungsansätzen der anderen profitieren. Übereinstimmend wird die Arbeit im Städtenetzwerk von den Beteiligten als praktisch wertvolle und effektive Vernetzungsarbeit wahrgenommen.

3.6 Beratung und Unterstützung des Vereins „Kinderfreundliche Kommunen“

*Sachverständigen-
kommission*

Seit Januar 2013 engagiert sich das DFK in der Sachverständigenkommission des Vereins „Kinderfreundliche Kommunen e. V.“ (www.kinderfreundliche-kommunen.de). Dieser setzt sich dafür ein, dass die in der UN-Kinderrechtskonvention fixierten Kinderrechte, darunter die Vorrangstellung des Kindeswohls, in die Praxis kommunaler Arbeit übertragen und dort systematisch umgesetzt werden.



Qualitätssiegel

Die Bereitschaft einer Kommune, den vom Verein angeleiteten Qualifizierungsprozess zu durchlaufen, honoriert dieser durch die Vergabe des Siegels „Kinderfreundliche Kommune“, wenn die entsprechenden basalen Voraussetzungen – ein vom Rat beschlossener, fundierter und plausibler Aktionsplan – erfüllt sind. Die Sachverständigenkommission erarbeitet das Votum für die Siegelvergabe.

Charakteristisch für die Zuerkennung des Siegels ist die Vergabe auf Zeit. Sie ist als Meilenstein zu verstehen und seitens des Vereins mit einer kontinuierlichen Fortentwicklungserwartung verbunden. In einem Zeitraum von weiteren vier Jahren durchläuft die zertifizierte Kommune weitergehende

differenzierte Controlling-Verfahren des Vereins zu Fragen der Umsetzung des eigenen Aktionsplans, ehe ihr das erworbene Siegel erneut verliehen wird.

Um mögliche Diskrepanzen zwischen fachpolitischen Zielen und Absichtserklärungen einerseits und der Partizipationswirklichkeit zu identifizieren, werden alle Verwaltungsbereiche, in denen die Belange von Kindern und Jugendlichen berührt sein können, auf Regelungen/Standards zu (kindgerechter) Verfahrensbeteiligung untersucht. Ebenso wird geprüft, ob und welche Maßnahmen zur Verfahrenssicherung ergriffen wurden, darunter ämterübergreifende Darlegungspflichten, wie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durchgeführt wird.

Im Berichtsjahr 2014 wurden die mit Beginn der Pilotphase 2012 in einer ersten Staffel angetretenen sechs Städte auf ihrem Weg zur „Kinderfreundlichen Kommune“ vom Verein intensiv begleitet. Die vier Städte Hanau, Weil am Rhein, Wolfsburg und Regensburg haben das Siegel inzwischen erlangt, die Siegelvergabe an die Stadt Senftenberg steht unmittelbar bevor, die Stadt Köln befindet sich noch im Prozess.

Erste Siegelvergaben

In dem anschließenden zweiten Durchgang haben sich bis September 2014 neue Städte und Gemeinden aus ganz Deutschland um die Teilnahme beworben, von denen acht zur Mitwirkung ausgewählt wurden.

Neue Bewerber

Die Bemühungen des Vereins „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“ zusammen mit seiner Sachverständigenkommission sind auch begleitet von dem besonderen Interesse des Deutschen Bundestages an diesem Thema. Am 12. November 2014 hielt seine Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) ein öffentliches Expertengespräch zu „25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention“ ab. Dabei stellten unter anderem Vertreter des Deutschen Komitees für UNICEF und des Deutschen Kinderhilfswerks weiteren Entwicklungsbedarf zu Fragen der Verankerung und Umsetzung von Kinderrechten auf der kommunalen Ebene und in den kommunalen Satzungen heraus.

25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention

3.7 Wissensmanagement und Öffentlichkeitsarbeit: Website, Newsletter, Fachpublikationen, Zeitschrift

Die Website www.kriminalpraevention.de ist mehr denn je unverzichtbares Mittel des Wissenstransfers sowie der Öffentlichkeitsarbeit und vernetzt unter anderem bereits vorhandene Präventionsstrukturen auf kommunaler und regionaler Ebene in Deutschland.

Funktionen der Website

Aus sicherheitstechnischen Gründen war es im Laufe des Berichtsjahres geboten, einen Wechsel des Server-Dienstes und der Software vorzubereiten. Dies gab auch Anlass, Struktur und Design der Website zu modernisieren sowie die Inhalte zu überarbeiten und zu aktualisieren. Die Geschäftsstelle und die beauftragte Agentur jmp media schlossen die konzeptionelle Phase und erste Programmierungen bis Jahresende 2014 ab. Die weiteren Umsetzungen ermöglichten Mitte März 2015 die Online-Schaltung der Website im neuen Gewande.

Relaunch



Die neue Website orientiert über Leitbild, Aufgaben bzw. Arbeitsbereiche der Geschäftsstelle sowie die Mitarbeit in zahlreichen Netzwerken und versteht sich als ein Instrument des Wissensmanagements für die Handlungsfelder der Prävention:

- Die **Arbeitsschwerpunkte** Gewaltprävention und Einbruchschutz werden übersichtlich und aktuell präsentiert.
- **Prävention im Überblick (PrävÜ)** bündelt die Informationsangebote zum Thema Prävention in Kooperation und Vernetzung mit Ressorts der

Bundesregierung, den Landespräventionsgremien und weiteren Präventionsakteuren sowie wissenschaftlichen Institutionen.

- **Internationales** setzt den Schwerpunkt auf Informationen zum Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN) und dessen Arbeitsergebnisse.
- Der **Präventionskalender** kündigt präventionsbezogene Veranstaltungen deutscher und internationaler Akteure an.
- In der **Literaturbox** können aktuelle Literaturtipps zu kriminologischen und präventionsbezogenen Themen recherchiert werden.
- **DFK-Publikationen** sind – nach Aktualität geordnet – zum Download verfügbar.
- **forum kriminalprävention** ist die Zeitschrift für Präventionsprofis, die auch online gelesen werden kann.
- Der **wegweiser prävention** ist ein umfassendes Informationsportal zur Entwicklungsförderung & Gewaltprävention für junge Menschen (E&G) in Kooperation mit der Grünen Liste Prävention des Landespräventionsrates Niedersachsen.

Die Website bietet auch die Möglichkeit, kostenlos den periodischen DFK-Newsletter zu abonnieren. Insgesamt vier Ausgaben haben im Berichtsjahr von der Arbeit der Geschäftsstelle berichtet und weitere Nachrichten multipliziert.

Newsletter

Die vom DFK herausgegebene Zeitschrift „forum kriminalprävention“ hat das zentrale Anliegen, Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu vermitteln sowie den Wissenstransfer und die Vernetzung der vielfältigen Präventionsinstanzen zu fördern.

*Zeitschrift „forum
kriminalprävention“*

Als Sprachrohr von Praxis und Wissenschaft zugleich werden in der Zeitschrift viele Handlungsfelder der Prävention präsentiert und diskutiert. Der fachliche Diskurs wird angestoßen und geführt. Impulse zu mehr politischer Verantwortungsübernahme bei der Schaffung von Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für präventive Arbeit sind häufig innewohnende und zuweilen ausdrückliche Anliegen der Beiträge und Kommentierungen. Das Interesse der Präventionsgremien in Bund, Ländern, Städten und Gemeinden, innerhalb der Polizei und Justiz, von Kinder- und Jugendinstitutionen sowie bei Erzieherinnen und Erziehern ist ausweislich der Rückmeldungen zu den Themenschwerpunkten der einzelnen Ausgaben ungebrochen.

*Zielrichtungen und
Zielgruppen*

Die Zeitschrift des DFK erscheint vierteljährlich beim „Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH“ (VdP). Die Redaktion wird seit 2010 von Herrn Wolfgang Kahl geleitet.

*Verlag Deutsche
Polizeiliteratur*

Titel 2014



Online-Ausgabe



Seit 2011 gibt es die jeweils aktuelle Online-Ausgabe zum Blättern.

Das Archiv (ab 2010) hält wichtige Artikel im PDF-Format vor und zu allen Beiträgen gibt es Angaben zum Inhalt. Im alten Archiv können Titel und Kurzbeschreibungen der Artikel aller Ausgaben 2001 bis 2010 recherchiert werden.

4. Finanzielle Förderung der Evaluation externer Projekte

Um Qualitätsverbesserung in der Prävention nicht nur strategisch (vgl. hierzu Kapitel 3.1 Entwicklungsförderung und Gewaltprävention), sondern auch praktisch zu fördern, (ko-)finanziert das DFK regelmäßig (in budgetbedingt überschaubarem Umfang) die Evaluation einzelner kriminalpräventiver Projekte, um deren Qualität nach wissenschaftlichem Standard zu überprüfen und übertragbare Erkenntnisse zu evidenzbasiertem Arbeiten zu gewinnen.

Förderung von Evaluationen

Im Einzelnen:

4.1 Förderung der Evaluation von „FAMOS“

Im Berichtsjahr wurde die mehrjährige Evaluation von „FAMOS – Familien optimal stärken“ in der Modellregion Paderborn durch Frau Professor Dr. Nina Heinrichs, Technische Universität Braunschweig, mit finanzieller Hilfe des DFK und des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz erneut unterstützt.



FAMOS ist ein Modellprojekt in Paderborn, das durch einen flächendeckenden Einsatz von drei Präventionsprogrammen mit nachgewiesener Wirksamkeit (EFFEKT, PEP, Triple P) unter Einbeziehung aller am Erziehungsprozess Beteiligten auf eine Stärkung der Erziehungskompetenz und eine Verringerung der Gewalt und Gewaltbereitschaft in Familien ausgerichtet ist (zu Einzelheiten des Projektes vgl. die ausführliche Beschreibung im Jahresbericht 2013).

Das Projekt

Ziel der Evaluation des FAMOS-Projektes ist die Untersuchung der Wirksamkeit wissenschaftlich gestützter Prävention auf der individuellen Ebene teilnehmender Familien sowie auf der Ebene der Bevölkerung.

Die Evaluation

Zu den Untersuchungsergebnissen wurden jährliche Zwischenberichte über kurz- und mittelfristige Effekte vorgelegt, die jeweils unmittelbar mit der Steuerungsgruppe des Modellprojektes FAMOS diskutiert wurden und damit direkt in die praktische Implementierungsarbeit des Projektes einfließen konnten.

Den abschließenden Bericht „Evaluation von FAMOS – Abschlussevaluation der Implementierung“ legten Frau Prof. Dr. Heinrichs und Frau Frantz von der Technischen Universität Braunschweig im Juni 2014 vor. Er enthält neben Aussagen zur Wirksamkeit der Programme (nach Einschätzung der teilnehmenden Familien insbesondere einer Reduktion ungünstigen Erziehungsverhaltens und kindlicher Verhaltensauffälligkeiten) zahlreiche Erkenntnisse über den Implementierungsprozess. Dabei werden auch die festgestellten Hemmnisse einer flächendeckenden Programmumsetzung beschrieben und Konsequenzen für zukünftige Implementierungsvorhaben aufgezeigt.

Abschlussbericht

Einzelheiten des Modellprojektes und seiner Evaluation können in der aktuellen Publikation des DFK „Entwicklungsförderung & Gewaltprävention 2014, Aktuelle Beiträge aus Wissenschaft und Praxis“ nachgelesen werden.

Über die Abschlussveranstaltung im März 2015 im Paderborner Rathaus wird das DFK im nächsten Jahresbericht informieren.



4.2 Förderung der Evaluation des „buddy“-Modellprojektes im Übergang Kita-Grundschule

Der Übergang von einer Kindertageseinrichtung in eine Grundschule ist für Kinder ein Einschnitt, der mit viel Unsicherheit verbunden ist und eine große Anpassungsleistung an eine veränderte Lebens- und Lernweltstruktur und eine neue Rollenerwartung erfordert.

Das buddy-Modellprojekt zum Übergang Kita-Grundschule zielt darauf ab, die Persönlichkeit der Kinder und ihre Entwicklung von Sozialkompetenzen so zu stärken, dass sie den neuen Anforderungen stressfrei gerecht werden können. Das Projekt entspricht mit seinem entwicklungsorientierten Ansatz dem in Kapitel 3.1 dargestellten Präventionsverständnis. Das DFK förderte die Evaluation der Umsetzung dieses Trainingskonzeptes in zwei Kitas von Herbst 2012 bis Dezember 2014 durch die Universität Paderborn (Frau Prof. Dr. Petra Büker). Die Untersuchungen wurden im Berichtsjahr abgeschlossen, der Abschlussbericht mit einer Auswertung der Ergebnisse wird 2015 vorgelegt und hierüber im kommenden Jahresbericht informiert werden.

4.3 Förderung der Evaluation des Präventionsprogramms „PARTS“



Im Berichtsjahr abgeschlossen wurde die vom DFK finanzierte Evaluation des Präventionsprogramms PARTS – Programm zur Förderung von Akzeptanz, Respekt, Toleranz und sozialer Kompetenz durch Herrn Prof. Dr. Andreas Beelmann von der Universität Jena.

Das entwicklungsorientierte Trainingsprogramm zur Prävention von Vorurteilen und Diskriminierungen in der Primarstufe, das von einer DFG-Forschungsgruppe entwickelt wurde, war bereits hinsichtlich seiner kurz- und mittelfristigen Effekte evaluiert worden. Die Förderung des DFK ermöglichte nunmehr auch eine Bewertung der Effekte sechs Jahre nach Durchführung der Präventionsmaßnahmen. Die Evaluation mit ihrem anspruchsvollen Design mit randomisierter Kontrollgruppe konnte bei den Jugendlichen auch Jahre nach ihrer Teilnahme an dem Trainingsprogramm langfristige Effekte nachweisen. Die Ergebnisse der Studie werden in die weitere Forschung zu Einflussfaktoren auf die Vorurteilsentwicklung einfließen.

5. Organisation, Personal und Finanzlage der Stiftung

5.1 Organisation

Die Geschäftsstelle des DFK befindet sich weiterhin am Stiftungssitz in Bonn, namentlich in der Liegenschaft des Bundesministeriums des Innern in Bonn-Castell, Graurheindorfer Straße 198.

Sitz der Geschäftsstelle in Bonn

5.2 Personal

Der erfreuliche, sukzessive Aufwuchs der Geschäftsstelle wurde bereits in den Kapiteln 1 und 3.2 dieses Berichtes angesprochen.

Personalsituation der Geschäftsstelle

Zum Ende des Berichtsjahres waren in der Geschäftsstelle des DFK zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beschäftigt.

Leiter der Geschäftsstelle und zugleich geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung ist Herr Oberstaatsanwalt Stefan Daniel, der der Geschäftsstelle seit dem Jahre 2009 vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zugewiesen ist. Ebenfalls von dort stammt Frau Staatsanwältin Christine Liermann, die seit dem Jahre 2010 im DFK tätig ist. Dienstältestes, weil seit 2003 hier beschäftigtes Geschäftsstellenmitglied ist Herr Kriminaloberrat Wolfgang Kahl vom Bundeskriminalamt. Im Jahre 2011 trat Frau Kriminaldirektorin Astrid Fuhrmann vom Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen zum Geschäftsstellenteam hinzu.

Die bereits beschriebene Unterstützung durch den Arbeitskreis II „Innere Sicherheit“ der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) durch insgesamt vier durch die Länder zugesagte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde im Berichtsjahr durch Frau Antje Gansewig, M.A. (seit dem 1. Juli 2014 zugewiesen aus Schleswig-Holstein) und Frau Kriminalhauptkommissarin Mechthild Schlitz, M.A. (seit dem 15. Juli 2014 zugewiesen aus Hessen) komplettiert. Im Jahr zuvor waren schon Herr Leitender Kriminaldirektor Reinhold Hepp vom Polizeipräsidium Stuttgart (seit April 2013) und Herr Kriminalhauptkommissar Detlev Schürmann, M.A., vom Polizeipräsidium Bonn (seit Juli 2013) dem DFK zugewiesen worden.

Seit dem 10. November 2014 verstärkt zusätzlich Frau Kriminaldirektorin Martina Kessow vom Bundeskriminalamt das Team der Geschäftsstelle.

Die administrativen Abläufe der Geschäftsstelle werden seit dem Jahre 2013 durch Frau Elke Rink aus dem Bundesministerium des Innern unterstützt.

5.3 Finanzlage

Der eingezahlte Stiftungsstock betrug zum 31. Dezember 2012 unverändert EUR 2.822.800,12; Zustiftungen blieben im Berichtsjahr aus.

Stiftungskapital konstant

Anlage und Verwaltung des Vermögens erfolgten durch das Bankhaus Merck Finck & Co. Der von diesem zum 31. Dezember 2014 auf Basis aktueller Kurswerte generierte stichtagsbezogene Wertzuwachs betrug netto rund EUR 150.000.

Vermögensverwaltung

Sonstige Einnahmen

Zusätzliche allgemeine Einnahmen waren im Berichtsjahr 2014 im Wesentlichen ein vom Verlag der Polizei für die Redaktion der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ gezahltes Honorar in Höhe von EUR 6.900 sowie eine dem DFK zugewandene Spende in Höhe von EUR 2.000.

Zuwendungen BMJV und BMI

Daneben ist auch in diesem Jahr auf Zuwendungsmittel des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) und des Bundesministeriums des Innern (BMI) hinzuweisen. Das BMJV stellte dem DFK allgemeine Projektfördermittel in Höhe von EUR 60.000 zur Verfügung, von denen EUR 57.400 verwendet werden konnten. Die Zuwendung des BMI in Höhe von EUR 200.000 betrifft die in Kapitel 1 dieses Berichtes beschriebene Ausreichung von Fördermitteln an die Universität Tübingen (verwendet wurden durch die Universität rund EUR 121.000).

Ausgaben 2014

Das DFK hat im Berichtsjahr 2014 für die oben im Einzelnen beschriebene Stiftungsarbeit rund EUR 90.500 aufgewendet. Mit rund EUR 23.000 entfiel ein großer Teil auf das unter Ziffer 3.1 dieses Berichtes dargelegte Projekt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“. Einen weiteren großen Anteil nahm mit rund EUR 17.000 die unter Ziffer 4 im Einzelnen beschriebene Förderung von Projektevaluationen ein, die Förderung des 19. Deutschen Präventionstages schlug mit EUR 15.000 zu Buche. Für allgemeine Geschäftsausgaben der Stiftung einschließlich Buchhaltung, Jahresabschluss und Broschüren wurden rund EUR 17.500 aufgewendet, für den Internetauftritt und seinen Relaunch rund EUR 15.000.

Budget-Übersicht 2014

Tabellarisch lässt sich das Budget im Überblick wie folgt zusammenfassen:

Budgetplanung 2014 (gerundet)		Ausgaben 2014 (gerundet)	
Übertrag aus 2013	32.000 EUR	Projektförderung	17.000 EUR
Entnahme aus den Stiftungserträgen	40.000 EUR	Projekt „Entwicklungs- förderung und Gewalt- prävention“	23.000 EUR
Honorareinnahme für Redaktion „forum kriminalprävention“	6.900 EUR	Geschäftsausgaben (incl. Buchführung u. Jahresabschluss), Infrastruktur, Broschüren	17.500 EUR
Spende und sonstige Einnahmen	3.700 EUR	Internet incl. Relaunch	15.000 EUR
BMJ-Zuwendung	57.400 EUR	Förderung 19. DPT	15.000 EUR
		Projekte im Rahmen der Zielvereinbarung DFK-PLPK/AK II	3.000 EUR
		Summe Ausgaben	90.500 EUR
		Übertrag nach 2015*	49.500 EUR
Summe	140.000 EUR	Summe	140.000 EUR

* Im Übertrag sind überjährige Mittel für das Projekt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“ (EUR 10.000), den Internetauftritt (EUR 3.950) und die Förderung des 20. DPT (EUR 15.000) enthalten, die erst im Januar 2015 zur Auszahlung gelangten.

Die Zuwendungsmittel des BMI für die Einrichtung und den Betrieb der Professur für Kriminalprävention und Risikomanagement an der Universität Tübingen sind aus Gründen der Übersichtlichkeit folgender gesonderter Tabelle zu entnehmen:

*Förderbudget Professur
Kriminalprävention 2014*

Budgetplanung 2014 (gerundet)		Ausgaben 2014 (gerundet)	
BMI-Zuwendung 2014	200.000 EUR	Mittelverbrauch Universität Tübingen	121.000 EUR

5.4 Jahresabschlüsse 2013 und 2014

Die Solidaris Revisions-GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft hat am 1. April 2014 den Jahresabschluss der Stiftung zum 31. Dezember 2013 auf der Grundlage der dort geführten Bücher unter Beachtung von Gesetz, des IDW-Standards S 7 und der Satzung erstellt.

*Jahresabschlüsse 2013
und 2014 von Solidaris
erstellt"*

Der Jahresabschluss der Stiftung zum 31. Dezember 2014, ebenfalls von Solidaris erstellt, datiert vom 3. April 2015.

Anhang I:

Mitglieder des Kuratoriums am 31. Dezember 2014

Institution	Name
Adolf Würth GmbH & Co. KG	Prof. Dr. Ulrich Roth
ARD	<i>bis 30. September 2014</i> Dr. Reinhard Hartstein <i>seit 1. Oktober 2014</i> Barbara Massing
Bankhaus Sal. Oppenheim	Uwe Gerstenberg <i>(bis 28. Mai 2014 Vizepräsident)</i>
BHE Bundesverband Sicherheitstechnik e.V.	Dr. Urban Brauer
Bosch Sicherheitssysteme GmbH	Michael von Foerster
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege	Dr. Wiebke Steffen
Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)	André Schulz
Bundesdruckerei GmbH	Ulrich Hamann
Bundesrepublik Deutschland	Bundesminister des Innern Dr. Thomas de Maizière <i>seit 28. Mai 2014 Präsident</i>
	Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz Heiko Maas <i>bis 28. Mai 2014 Präsident</i>
	Bundesministerin für Bildung und Forschung Prof. Dr. Johanna Wanka
	Bundesminister für Gesundheit Hermann Gröhe
	Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Manuela Schwesig
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)	Dr. Heiko Willems
Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V.	Dietmar Wolff
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Dr. Helmut Fogt
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städte- und Gemeindebund	Uwe Lübking
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Landkreistag	Jörg Freese
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städtetag	Dr. Helmut Fogt

Institution	Name
Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) Wirtschafts- und Arbeitgeberverband e. V.	Gregor Lehnert
Christ Juweliere und Uhrmacher seit 1863 GmbH	Melanie Thomann-Bopp
consulting plus Holding GmbH	Stefan Bisanz
Deutsche Bahn AG	Dr. Rüdiger Grube (<i>Vizepräsident</i>)
Deutsche Telekom AG	Axel Petri
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	Oliver Malchow
Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Prof. Dr. Stephan Wernicke
Deutscher Mieterbund e.V.	Dr. Franz-Georg Rips
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)	Ingo-Rolf Weiss
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV)	Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis
Freie Hansestadt Bremen	Senator für Inneres und Sport Ulrich Mäurer
Freie und Hansestadt Hamburg	Senator für Inneres und Sport Michael Neumann
Freistaat Bayern	Staatsminister des Innern Joachim Herrmann
Freistaat Sachsen	Staatsminister des Innern Markus Ulbig
Freistaat Thüringen	<i>bis 5. Dezember 2014</i> Innenminister Jörg Geibert <i>seit 5. Dezember 2014</i> Minister für Inneres und Kommunales Dr. Holger Poppenhäger
Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV)	Thomas Leicht
Gewerkschaft der Polizei (GdP)	Sascha Braun
Giesecke & Devrient GmbH	Fabian Bahr
Handelsverband Deutschland (HDE) Der Einzelhandel	Stefan Genth
Klüh Security GmbH	Gunnar Rachner
Kommissariat der Deutschen Bischöfe	Prälat Dr. Karl Jüsten
KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Rüdiger H. Birkental
Land Baden-Württemberg	Innenminister Reinhold Gall
Land Berlin	Senator für Inneres und Sport Frank Henkel

Institution	Name
Land Brandenburg	<i>bis 5. November 2014</i> Innenminister Ralf Holzschuher <i>seit 5. November 2014</i> Innenminister Karl-Heinz Schröter
Land Hessen	<i>bis 18. Januar 2014</i> Minister für Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn <i>seit 18. Januar 2014</i> Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann
Land Mecklenburg-Vorpommern	Innenminister Lorenz Caffier
Land Niedersachsen	Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (<i>seit 28. Mai 2014 Vizepräsidentin</i>)
Land Nordrhein-Westfalen	Minister für Inneres und Kommunales Ralf Jäger
Land Rheinland-Pfalz	Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur Roger Lewentz
Land Sachsen-Anhalt	Minister des Innern Holger Stahlknecht
Land Schleswig-Holstein	<i>bis 26. September 2014</i> Innenminister Andreas Breitner <i>seit 26. September 2014</i> Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten Stefan Studt
L-1 Identity Solutions AG	Dr. Martin Werner
Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland	Nele Allenberg
Saarland	<i>bis 12. November 2014</i> Ministerin für Inneres und Sport Monika Bachmann <i>seit 12. November 2014</i> Minister für Inneres und Sport Klaus Bouillon
SECURITAS Deutschland Holding GmbH & Co. KG	Manfred Buhl
Siemens AG	<i>bis 31. Januar 2014</i> Erik Kahlkert <i>seit 31. Januar 2014</i> Michael Linek
VISA Europe Services Inc.	Heike Müller

Institution	Name
Weißer Ring e.V.	Dr. Wiebke Steffen
Zentralrat der Juden in Deutschland	<i>bis 30. November 2014</i> Dr. Dieter Graumann <i>seit 30. November 2014</i> Dr. Josef Schuster
Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI)	<i>bis 31. Januar 2014</i> Erik Kahlkert <i>seit 31. Januar 2014</i> Michael Linek
Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. (ZDH)	Peter Dreißig

Anhang II:

Mitglieder des Vorstandes am 31. Dezember 2014

Name	Institution
Professor Gerd Neubeck (Vorsitz)	Deutsche Bahn AG
Stefan Daniel (Geschäftsführung)	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Norbert Seitz	Bundesministerium des Innern

Beisitzer des Vorstandes am 31. Dezember 2014

Name	Institution
Dr. Helmut Fünfsinn	Hessisches Ministerium der Justiz
Uwe Gerstenberg	consulting plus Holding GmbH
Norbert Küster	Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI)

Team der Geschäftsstelle zum Redaktionsschluss (10. Mai 2015)

Name	Institution	Telefon
		02 28-9 96 81
Stefan Daniel	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	- 3725
Astrid Fuhrmann	Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen	- 3326
Antje Gansewig	Innenministerium Schleswig Holstein	- 3102
Reinhold Hepp	Polizeipräsidium Stuttgart	- 3471
Wolfgang Kahl	Bundeskriminalamt	- 3190
Martina Kessow	Bundeskriminalamt	- 3355
Christine Liermann	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	- 3384
Elke Rink	Bundesministerium des Innern	- 3275
Detlev Schürmann	Polizeipräsidium Bonn	- 3137



HERAUSGEBER

STIFTUNG DEUTSCHES FORUM FÜR KRIMINALPRÄVENTION

C/O BUNDESMINISTERIUM DES INNERN,

GRAURHEINDORFER STRASSE 198

D-53117 BONN

TEL.: 02 28/996 81 37 25

E-MAIL: DFK@BMI.BUND.DE

INTERNET: WWW.KRIMINALPRAEVENTION.DE